



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Weber

Telefon: (0221) 221-23148

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 28.07.2008

Niederschrift

über die **35. Sitzung (5. Sondersitzung) des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Mittwoch, dem 11.06.2008, 20:00 Uhr bis 20:52 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stell. Vorsitzende/r

Herr Peter Kron SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Jung	CDU	(für RM Möring)
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	(für RM Manderla ;bis 20:45 Uhr)
Herr Johannes-Werner Hamm	CDU	
Herr Markus Hock	CDU	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	
Herr Wendel Mispelkamp	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Dr. Sabine Müller	Grüne	
Frau Bettina Tull	Grüne	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Karel Schiele	pro Köln
Herr Michael Weisenstein	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU	
Herr Horst Noack	auf Vorschlag der SPD	
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD	(bis 20:50 Uhr)
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP	

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Stellv. Schriftführer/in

Frau Simone Weber	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
-------------------	---

Gäste

Herr Detlef Kábbe	KVB AG
Herr Thomas Leyendecker	KVB AG
Herr Rolf Pabst	KVB AG
Herr Walter Reinartz	KVB AG

Presse Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende/r

Herr Karsten Möring	CDU
---------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gisela Manderla	CDU
----------------------	-----

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke

Stellv. Ausschussvorsitzender Kron eröffnet die 35. Sitzung (5.Sondersitzung) des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden. Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung wie folgt ergänzt werden soll:

- 2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates
hier: Ausschreibung 2. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn
AN1326/2008

 - 4.1. Prioritäten bei Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachrüstungen im Kölner Stadtbahnnetz
2192/2008
- hierzu liege eine ergänzende Anlage als **Tischvorlage** vor.

- 6.1. Verkehrsübungsplatz Köln
Anfrage der SPD-Fraktion vom 09. Mai 2008 aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.06.2008, TOP 1.1
2482/2008

II Nichtöffentlicher Teil

- 12.1. Teilplan 1201- Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
hier: Instandsetzung der Fahrbahnübergangskonstruktion und der Lager der Zoobrücke, Los Z 1, Abfahrtsrampe "Rheinuferstraße" in Brückenachse 09
2440/2008
- 12.2. Bedarfsfeststellung für eine externe Personalgestellung im Sachgebiet Prüfgruppe DIN 1076 - Bauwerksprüfung
2468/2008
als Tischvorlage

Darüber hinaus schlage er vor, die Tagesordnungspunkte

- 2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates
hier: Ausschreibung 2. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn
AN1326/2008

und

- 7.1. Nord-Süd Stadtbahn
Gutachten zur 2. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn
2470/2008

zusammen zu behandeln.

Der Ausschuss ist mit den Ergänzungen und dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden. Es ergibt sich demnach folgende **Tagesordnung**:

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

--

2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

- 2.1. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates

hier: Ausschreibung 2. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn
AN/1326/2008

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Prioritäten bei Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachrüstungen im Kölner Stadtbahnnetz
2192/2008

4.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-1201-0-6612 Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung
2305/2008

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Restrukturierungsprogramm und Betrauung der KVB
2344/2008

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Verkehrsübungsplatz Köln
Anfrage der SPD-Fraktion vom 09. Mai 2008 aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.06.2008, TOP 1.1
2482/2008

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Nord-Süd Stadtbahn
Gutachten zur 2. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn
2470/2008

7.2 Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora
hier: Gestaltung der Haltestelle
2407/2008

8 Mündliche Anfragen

--

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

--

10 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

--

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

12.1 Instandsetzung der Fahrbahnübergangskonstruktion und der Lager der Zoobrücke, Los Z 1, Abfahrtsrampe "Rheinuferstraße" in Brückenachse 09
2440/2008

12.2 Bedarfsfeststellung für eine externe Personalgestellung im Sachgebiet Prüfgruppe DIN 1076 - Bauwerksprüfung
2468/2008

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

--

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

--

15 Mitteilungen der Verwaltung

--

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

--

1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

--

2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates hier: Ausschreibung 2. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn AN/1326/2008

Hinweis: Der TOP wird zusammen mit TOP 7.1, Nord-Süd Stadtbahn – Gutachten zur 2. Baustufe, behandelt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

RM Ciesla-Baier begründet für die SPD-Fraktion die Dringlichkeit des vorliegenden Antrages.

Seitens der FDP-Fraktion äußert RM Kirchmeyer ihre Verwunderung hierüber, macht jedoch deutlich, dass sie dem Antrag zustimmen könne und werde. Eine weitere Diskussion über die unter TOP 7.1 aufgeführte Mitteilung erübrige sich i.E. hierdurch; sie hoffe, dass nun alle Fraktionen an der 2. Baustufe – wie seiner Zeit beschlossen – festhalten.

Stellv. Ausschussvorsitzender Kron bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion bei der Verwaltung für das erarbeitete Gutachten, das aus Sicht seiner Fraktion durchaus zu neuen und informativen Erkenntnissen geführt habe, und nimmt Stellung zum vorliegenden Antrag.

Für die CDU-Fraktion legt RM Klipper dar, dass das heute diskutierte Ergebnis des Gutachtens letztendlich schon im April diesen Jahres von Herrn Böllinger, Vorstandssprecher der KVB AG, vorgetragen wurde. Die alternative Streckenführung über den Bayenthalgürtel sei bereits geprüft gewesen und habe keine Chance auf Realisierung gehabt; insofern bedauere er den unnötigen Zeitverlust von drei Monaten. Die favorisierte Untertunnelung der Rheinuferstraße sei zugegebener Maßen sehr kostenintensiv, städtebaulich jedoch wesentlich verträglicher als die sog. Troglösung. Seine Fraktion werde dem eingebrachten Dringlichkeitsantrag daher heute zustimmen, um letztendlich die Ausschreibung voran zu bringen.

Auch RM Kirchmeyer spricht der Verwaltung ihren Dank für die geleistete Arbeit aus, merkt jedoch an, dass die FDP-Fraktion die daraus resultierenden Erkenntnisse bereits vor vier Wochen gehabt habe. Sie halte jedoch – entgegen den Ausführungen ihres Vorredners – aufgrund der hohen Kosten eine Aufweitung der Rheinuferstraße für realistischer als eine Untertunnelung – gleichwohl ihre Fraktion die Untertunnelung präferiere.

RM Tull betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den vorliegenden Antrag ablehnen werde. Sowohl die 1. als auch die 2. Baustufe seien gegen das Votum ihrer Fraktion beschlossen worden; bei den heute vorliegenden Kenntnissen über die Kostenentwicklung hätten seiner Zeit sicherlich auch noch andere Fraktionen die Beschlussfassung abgelehnt. Darüber hinaus stünde in Köln eine Vielzahl von weiteren wichtigen Großprojekten zur Planung an, beispielsweise Luxemburger Straße oder Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt, deren Finanzierungen aber nach wie vor nicht gesichert seien; insofern halte sie die jetzt von den anderen Fraktionen angestrebte Tunnellösung aus Kostengründen für unrealistisch. Vertrauen in eine Förderung durch das Land habe sie zudem nicht. Da die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Einschätzung vertrete, dass der Individualverkehr in den kommenden Jahren zurückgehen werde, teile sie auch nicht die Prognose der Verwaltung bzw. der anderen Fraktionen, dass es durch die Querung der Rheinuferstraße dort zu erheblichen Stauerscheinungen kommen werde. Aus ihrer Sicht sei es weder erforderlich noch sinnvoll, in erhebliche finanzielle Vorleistungen für etwas zu treten, was letzten Endes nicht benötigt werde.

SE Weisenstein zieht aus dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag den Schluss, dass die Verwaltung nun prüfen müsse, wie die Finanzierung der Untertunnelung, die ca. 63 bzw. 83 Mio. € kosten würde, ermöglicht werden könne. Ihm erscheine dies nicht sehr realistisch und er bitte um eine Einschätzung seitens der Verwaltung. Darüber hinaus bitte er Interesse halber um Mitteilung, wie hoch die Kosten für die Erstellung des vorliegenden Gutachtens letztendlich waren.

RM Ciesla-Baier führt nochmals aus, dass die SPD-Fraktion für eine endgültige Entscheidung hinsichtlich der Streckenführung der 2. Baustufe weitergehende Entscheidungshilfen benötigte und die nun vorliegende Ausarbeitung sinnvoll und hilfreich sei. Die Zuschussfähigkeit einer etwaigen Untertunnelung müsse vor einer Entscheidung sicherlich abgewartet werden. Über die verkehrlich und finanziell günstigste Lösung könne zu gegebener Zeit vertiefender diskutiert werden.

BG Streitberger greift die Fragestellungen des SE Weisenstein auf und legt dar, dass 2,7 Mio. € für die „Vorsorgemaßnahmen“ für einen späteren Tunnelbau bereit gestellt werden müssen. Diese frühzeitigen Vorsorgemaßnahmen würden sicherlich ein Risiko für den Fall bergen, dass der Tunnel nicht gebaut werde. Andererseits können durch das Ergreifen der Vorsorgemaßnahmen 23 Mio. € und sehr viel Zeit gespart werden. Ob eine Bezuschussung erfolgen werde, sei derzeit noch fraglich; definitiv ausgeschlossen sei eine Bezuschussung im Rahmen der Stadtbahnbaumaßnahme. Bei einem endgültigen Votum für den Tunnel müsse die Zuschussfrage noch tiefergehender geklärt werden.

Zur Erstellung des vorliegenden Gutachten wurden seitens der Verwaltung Aufträge i.H.v. rd. 22.000 € vergeben; darüber hinaus habe es die Mitarbeiter hunderte von Arbeitsstunden gekostet.

Anschließend erfolgt nochmals eine fraktionsübergreifende sehr kontrovers geführte Diskussion über die zeitliche Verzögerung, in der stellv. Ausschussvorsitzender Kron jedoch auch daran erinnert, dass seitens der Verwaltung und KVB ein Aufschub über die Entscheidung zur Streckenführung bis zur Sommerpause eingestanden wurde. Die Erkenntnis aus der Untersuchung sei nun, das Ausschreibungsverfahren schnellstmöglich zu eröffnen.

Auf Nachfrage des RM Klipper legt BG Streitberger abschließend nochmals dar, dass die sog. Troglösung 60 Mio. €, die beiden möglichen Tunnellösungen – 70 m oder 100 m – 80 Mio. € und mehr kosten würden.

Stellv. Ausschussvorsitzender Kron stellt den Dringlichkeitsantrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Ausschreibung der 2. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn in das Leistungsverzeichnis als Alternative bauliche Vorleistungen für eine spätere Untertunnelung der Rheinuferstraße im Bereich der Querung Gustav-Heinemann-Ufer aufgenommen werden.

Ob diese Alternative zum Zuge kommt, steht unter dem Vorbehalt der Erkenntnisse aus dem zweiten Teil der noch ausstehenden Verkehrsuntersuchung. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse mit einer Beschlussvorlage dem Verkehrsausschuss noch in 2008 vorzulegen. Bis zur erneuten Behandlung im Verkehrsausschuss ist auch die Frage der Förderfähigkeit einer Tieferlegung der Rheinuferstraße abschließend zu klären.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Prioritäten bei Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnchrüstungen im Kölner Stadtbahnnetz 2192/2008

RM Ciesla-Baier verweist auf die positiv verlaufene Abstimmung mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und signalisiert seitens der SPD-Fraktion Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Er hoffe jedoch, dass in 2010 - nach Abarbeitung der ersten Maßnahmen – eine Veränderung der weiteren Prioritäten zu Gunsten der Haltestelle Vingst erfolgen werde.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Tull diesen Ausführungen an. Nach ihren Informationen bestehe jedoch die Möglichkeit, an der Haltestelle Vingst eine vergleichsweise kostengünstige Rampe zum Bahnsteig zu installieren und sie bitte um Mitteilung, ob die Finanzierung kurzfristig aus veranschlagten Mitteln sichergestellt werden könne.

Herr Reinartz, Vorstandsmitglied der KVB, führt aus, dass zwischenzeitlich Vereinbarungen dahingehend getroffen wurden, dass die Maßnahme nun umgesetzt und von der KVB vorfinanziert werde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss ist mit der Prioritätensetzung einverstanden und beauftragt die Verwaltung die Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnchrüstungen nach der Reihung der Liste aus Anlage 1 beim Zweckverband Nahverkehr Rheinland zur Förderung anzumelden. Planungs- und Baubeschlüsse sind jeweils weiterhin für jede Maßnahme einzeln zu fassen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.2 **1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung**
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-1201-0-6612 Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung
2305/2008

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Finanzmitteln in Höhe von 299.500,00 € für die Maßnahme Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2008

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 GO NW.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Restrukturierungsprogramm und Betrauung der KVB **2344/2008**

RM Ciesla-Baier merkt an, dass die SPD-Fraktion keine Alternative zum Verwaltungsvorschlag sehe und diesem zustimmen werde.

Auch RM Tull signalisiert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Zustimmung. Sie weist jedoch darauf hin, dass sich die neue EU-Verordnung 1370/2007 durchaus auch als vorteilhaft für Unternehmen, Stadt, Kunden und Beschäftigte erweisen könne; in diesem Fall müsse dann ggf. neu entschieden werden.

Herr Reinarz, Vorstandsmitglied der KVB AG, betont, dass die KVB bei einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen des Personenbeförderungsgesetzes ohnehin gehalten sei, entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

BG Streitberger bestätigt dies und sagt ein Überdenken der Betrauungsregelung im gegebenen Fall zu.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den in der Anlage 1 beigefügten und von der KPMG testierten Bericht des Vorstandes der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) über die im Geschäftsjahr 2007 erzielten Restrukturierungserfolge zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt Köln bekennt sich weiterhin zu seiner Verantwortung für sein kommunales Verkehrsunternehmen KVB. Er verzichtet bis Ende 2019 – sofern rechtlich zulässig – auf die Veräußerung von Eigentumsrechten an der KVB mit dem Ziel, die Bindung an das Verbandstarifrecht des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) NW zu lösen. Unter der Voraussetzung, dass die Betrauungsregelung bis 2019 verlängert wird, sind betriebsbedingte Beendigungskündigungen frühestens mit Ablauf der Betrauung und somit mit Wirkung zum 31.12.2019 möglich. Sofern die Vorbereitung von betriebsbedingten Beendigungskündigungen zur Herstellung der Wirksamkeit zum 31.12.2019 notwendig wird, bleiben die hieraus zu beachtenden Fristen unberührt.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bis Ende 2019 die KVB bei ihren Konsolidierungsbemühungen zu unterstützen. Angestrebt wird ein Restrukturierungsvolumen von 7 Mio. €. Der Einsparbetrag erhöht sich ggf. noch um die Einsparungen aus den Maßnahmen, welche nur mit Unterstützung der Tarifparteien umgesetzt werden können. Sofern rechtlich zulässig, verzichtet die Stadt Köln für den genannten Zeitraum auf die Ausschreibung von Linienverkehren und unterstützt die KVB wie bisher bei ihren eigenen Restrukturierungsmaßnahmen.

Der Rat beschließt außerdem die Verlängerung der mit Ratsbeschluss vom 05.12.2005 (Nr. 1122 des Beschlussbuches) erfolgten Betrauung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im Rahmen der Durchführung des ÖPNV auf dem Gebiet der Stadt Köln und auf den Gebieten anderer Aufgabenträger gemäß den Vereinbarungen über interlokale Verkehre und deren Finanzierung gemäß den Verfahrensvorgaben der Anlage 2 bis zum 31.12.2019.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Verkehrsübungsplatz Köln Anfrage der SPD-Fraktion vom 09. Mai 2008 aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.06.2008, TOP 1.1 2482/2008

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Eine weitergehende Stellungnahme sagt BG Streitberger für eine der nächsten Sitzungen zu.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Nord-Süd Stadtbahn
Gutachten zur 2. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn
2470/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wurde im Sachzusammenhang mit TOP 2.1, Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Ausschreibung 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn, beraten. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.2 Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora
hier: Gestaltung der Haltestelle
2407/2008**

Die Mitteilung sowie ein entsprechender Antrag der Bezirksvertretung Nippes wurden bereits zur Sitzung umgedruckt.

BG Streitberger sagt eine Prüfung des Antrages bzw. Beschlusses zu; eine Entscheidungsvorlage werde die Verwaltung zu gegebener Zeit im hiesigen Ausschuss einbringen.

8 Mündliche Anfragen

--

- Ende des öffentlichen Teils -